

Wenn man von der Türkei aus nach Griechenland flieht, hat man die Wahl zwischen der zwei Kilometer breiten Straße von Mykale, die das türkische Festland von der griechischen Insel Samos trennt, der zehn Kilometer weiten Meerenge zwischen dem türkischen Hafen Assos und dem griechischen Fischerort Skala Sikamineas auf Lesbos und dem an manchen Stellen nicht mal 100 Meter breiten Grenzfluss Evros (türkisch Meric) zwischen den beiden Staaten. Dem Anschein nach eine einfache Entscheidung – wenn sie denn von den Geflüchteten selbst getroffen wird –, doch in allen drei Fällen eine schwierige und äußerst gefährliche Route.

Denn der träge wirkende, 530 Kilometer lange Evros wird in den Frühlingsmonaten, wenn der Schnee in den Rhodopen und dem Balkangebirge schmilzt und Regen den Flusspegel anschwellen lässt zu einem reißenden Strom, der jährlich Dutzende Menschenleben kostet. Seit dem Jahr 2000 wurden auf der griechischen Seite des Evros mehr als 400 Tote gefunden. Allein 2018 musste der Professor für Forensische Medizin an der Demokrit-Universität von Thrakien, Pavlos Pavlidis, 39 Tote untersuchen – die meisten ertranken oder starben an Unterkühlung, andere erlitten Verkehrsunfälle auf den sich gleich neben der Grenze befindenden Zuggleisen oder der Schnellstraße. Einige fielen kriminellen Handlungen zum Opfer.

Eine Untersuchung der Menschenrechtsorganisation »Mobile Info Team« (MIT), die am Donnerstag in Thessaloniki veröffentlicht wurde und jW vorliegt, weist aber auch eine weitere Gefahr für Schutzsuchende auf, die die Flussgrenze im Norden Griechenlands überqueren: illegale Push-Backs – die völkerrechtswidrige und oft gewalttätige Zurückweisung von Asylsuchenden – durch maskierte Männer zurück in die Türkei. Diese »Kommandos«, wie sie von den Betroffenen genannt werden, hindern Flüchtende daran, das griechische Hoheitsgebiet zu erreichen, oder holen Asylsuchende, die bereits von der griechischen Polizei aufgefangen wurden, mit Bussen von Polizeistationen ab und zwingen sie in Nacht- und Nebelaktionen zurück über den Fluss in das Nachbarland.

Nach der Veröffentlichung eines Berichts der Hilfsorganisation »Pro Asyl« aus dem Jahr 2013 stand Griechenland international unter Druck, der Sache auf den Grund zu gehen und die Praxis der Zurückweisungen



Eine Gruppe syrischer Flüchtlinge nach der Überquerung des Evros in der Nähe der Stadt Didymoteicho (30.4.2018)

Push-Back-Kommando

Maskierte Männer weisen Geflüchtete an der griechischen Landgrenze völkerrechtswidrig zurück. **Von Efthymis Angeloudis**

zu unterbinden. Doch immer mehr Schutzsuchende berichteten seit 2017, dass sie Opfer dieser gegen die UN-Flüchtlingskonvention und der Charta der Grundrechte der EU verstoßenden Zurückweisungen wurden. Aus diesem Grund begann MIT, die Aussagen von Schutzsuchenden, die gewaltsam in die Türkei zurückgebracht wurden, zu dokumentieren. 27 Augenzeugenberichte von Geflüchteten, die sich nicht kennen und nicht im selben Lager leben, schildern einen verblüffend ähnlichen Ablauf.

»Es kamen noch mehr Polizisten, und sie trugen schwarze Sturmhauben und hielten Schlagstöcke. Sie füllten ein kleines Boot. Der Bootsrand befand sich nur zirka vier Zentimeter über Wasser. Es gab keine griechische Polizei mit uns im Boot, aber sie folgten uns in einem schnelleren Motorboot, um sicherzugehen, dass wir die türkische Seite erreichen. Die türkische Armee hat uns dann aufgehalten und für drei Tage ins Gefängnis gesteckt«, schilderte der Geflüchtete R. A. den Übersetzern von MIT.

Aus der Häufigkeit und Schärfe dieser Fälle begann die Organisation, die Geflüchteten Informationen und individuelle Unterstützung für Asylverfahren bietet, das wahre Ausmaß des Problems und der damit verbundenen Rechtsverletzungen in der Region Evros zu erkennen. In fast jedem Augenzeugenbericht übergab die griechische Polizei die Geflüchteten an die Kommandogruppen oder beging selbst Gewalttaten gegen sie. Doch inwieweit ist die griechische Polizei an der körperlichen Misshandlungen und den völkerrechtswidrigen Zurückweisungen beteiligt?

Das Ministerium für Bürgerschutz in Athen wollte den Bericht nicht kommentieren. Auf Anfrage von jW erklärte ein Sprecher des stellvertretenden Bürgerschutzministers Georgios Koumoutsakos, der nach der Auflösung des Migrationsministeriums durch die konservative Regierung der Nea Dimokratia nun zuständig für Migration ist, dass dieses Thema nicht in den Aufgabenbereich des Ministeriums, das sich immerhin um die griechische Polizei sowie Flüchtlinge kümmern sollte, falle.

Dabei zeigen die Augenzeugenberichte, dass die Angehörigen der schwarzgekleideten Kommandos entweder selber Polizisten sind oder zumindest mit den Behörden zusammenarbeiten. »Sie (die griechische Polizei) brachten uns zur türkischen Grenze. Unterwegs hielten sie auf einem Parkplatz an. Hier wurden die Polizisten durch andere Polizeibeamte ausgewechselt. Diese haben uns dann zu einer weiteren Gruppe gebracht, die Sturmhauben trug. Ich konnte nicht erkennen, wer sie waren oder woher sie kamen. Alle ihre Kleider waren schwarz, ihre Gesichter bedeckt und sie sprachen nicht«, beschreibt der Geflüchtete D. A. die Übergabe an die »Kommandos«.

»Es ist immer noch unklar, ob die griechische Polizei selber Migranten über den Fluss drängt«, sagt Selma Mesic, Menschenrechtsreferentin der MIT, im Gespräch mit jW am Mittwoch. »Was jedoch klar ist, ist, dass Teile der Polizei in dieser Region an dem systematischen Versuch beteiligt sind, Asylsuchende zusammenzutreiben, zu inhaftieren und an Gruppen weiterzugeben, die sie über die Grenze zurückzwingen.«

»Die griechische Polizei ist mitschuldig«

Regierung nicht an Aufklärung der illegalen Push-Backs interessiert. **Gespräch mit Selma Mesic**

Wie ist »Mobile Info Team« auf die völkerrechtswidrigen Zurückweisungen von Geflüchteten an der Landgrenze zwischen Türkei und Griechenland aufmerksam geworden?

Wir wussten aufgrund von Berichten und Nachforschungen von anderen Nichtregierungsorganisationen seit 2013 von den illegalen Push-Backs. Da wir jedoch bei unserer Arbeit, bei der wir Asylsuchende unterstützen und begleiten, auf immer mehr Geflüchtete mit wiederkehrenden und ähnlichen Zurückweisungserfahrungen stießen, entschlossen wir uns, eigene Nachforschungen anzustellen.

Wer steckt Ihrer Meinung nach hinter den Push-Backs?

Die griechische Polizei und Gruppen maskierter Männer, auch »Kommandos« genannt, sind die Hauptakteure der



Selma Mesic ist Menschenrechtsreferentin der NGO »Mobile Info Team«, die Geflüchteten Informationen und persönliche Unterstützung in Asylverfahren bietet

illegalen Push-Backs. Wir können nicht mit Sicherheit sagen, dass dies die gesamte Polizei als einheitlichen Akteur betrifft, aber die Aussagen zeigen deutlich, dass in der Region tätige Polizeieinheiten die befragten Asylsuchenden aktiv abgefangen, festgenommen, in einigen Fällen beraubt und ihnen das Recht verweigert haben, Asyl zu beantragen. Sie sind mitschuldig an der Übergabe

von Asylsuchenden an die »Kommandos« und könnten vielleicht sogar selbst aktive Teilnehmer an den Push-Backs sein. Es gibt starke Anzeichen für ein hohes Maß an Koordination zwischen den beiden Gruppen.

Wer innerhalb des griechischen Staates könnte so einen organisierten Plan anordnen? Könnte es sich dabei nur um eine Initiative einiger Polizisten handeln?

Dies geht nicht aus den Aussagen hervor, aber die Kohärenz und Ähnlichkeit der Berichte und die hohe Koordinationsstärke zwischen den beiden Hauptgruppen lassen darauf schließen, dass es sich dabei nicht um Ad-hoc-Initiativen einiger Polizeibeamter handelt und es logisch ist, davon auszugehen, dass es sich um Maßnahmen handelt, die der Regierung wenigstens bekannt

sein müssten. Wir können jedoch nicht wissen, inwieweit die Regierung und das Polizeipräsidium direkt beteiligt sind und dieses Verhalten auf griechischer Seite vorantreiben.

Haben Sie diese illegalen Handlungen staatlichen Institutionen oder der Justiz gemeldet?

Bis jetzt noch nicht. Aber dort, wo wir Aussichten haben, etwas zu bewegen, werden wir die Ergebnisse für juristische Zwecke nutzen. In Anbetracht der Tatsache, dass Berichte über illegale Push-Backs bis ins Jahr 2013 zurückreichen, scheinen die zuständigen Behörden keine großen Anstrengungen unternommen zu haben, um diesen Trend zu unterbinden. Im Gegenteil, Statistiken zeigen, dass die Zahl der zurückgedrängten Personen gestiegen ist.

Interview: Efthymis Angeloudis

Hintergrund Türkische Dokumente

Seit Jahren beschuldigen Menschenrechtsorganisationen und Anwälte griechische Behörden, Geflüchtete am Grenzfluss Evros illegal in die Türkei abzuschleppen. Der Spiegel hat am Donnerstag über Dokumente des türkischen Innenministeriums berichtet, in denen Griechenland vorgeworfen wird, in den zwölf Monaten vor dem 1. November 2019 insgesamt 58.283 Migranten illegal in die Türkei zurückgezwungen zu haben. Den Angaben zufolge lag die Zahl der illegal Zurückgebrachten allein im Oktober bei mehr als 6.500.

Das türkische Außenministerium beschuldigte die griechischen Behörden bereits Anfang November, Flüchtlinge verhaftet, sie geschlagen, ihre Kleider geraubt, Habseligkeiten beschlagnahmt und sie dann in die Türkei zurückgeschickt zu haben. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis reagierte empört. »Diejenigen, die die Flüchtlingskrise ausgenutzt haben, indem sie die Verfolgten als Spielball für ihre eigenen geopolitischen Ziele benutzt haben, sollten vorsichtiger sein, wenn sie sich auf Griechenland beziehen.« Allerdings stimmen die Beschuldigungen der türkischen Seite mit ähnlichen Berichten von Pro Asyl (2013), dem Griechischen Flüchtlingsrat (2018) und »Mobile Info Team« (2019) überein. Die Anzahl der Zeugenaussagen in diesen Berichten verschärft die Zweifel an den griechischen Unschuldsbeteuerungen.

Die meisten der von den türkischen Behörden registrierten Fälle betrafen pakistanische Staatsangehörige (16.435), gefolgt von Afghanen, Somaliern, Bangladeschern und Algeriern. Dazu kämen mehr als 4.500 Syrer. In den Dokumenten wird jedoch keine Angabe über türkische politische Flüchtlinge gemacht. Tausende türkische Oppositionelle, Akademiker, Beamte und Journalisten suchten in den letzten Jahren in Griechenland Schutz vor den Repressionen des autokratischen türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Auch sie fielen den illegalen Push-Backs der »Kommandos« zum Opfer.

Einer dieser Vorfälle betraf Murat Capan, einen türkischen Journalisten, der für das kritische Magazin *Nokta* arbeitete. Laut der griechischen Liga für Menschenrechte überquerten Capan und eine türkische Familie mit drei Kindern im Mai 2017 den Fluss Evros, um der politischen Verfolgung zu entkommen. Die griechische Polizei nahm sie in Gewahrsam, als sie einen Asylantrag stellen wollten. Anschließend sollten sie in einem Lieferwagen zu einer UN-Einrichtung gebracht werden. Der Lieferwagen hielt auf einem Parkplatz an, und fünf maskierte Männer, die in Tarnkleidung gekleidet waren, fesselten die Hände der türkischen Staatsangehörigen. Zwei der maskierten Männer begleiteten sie dann zurück zur Grenze, wo sie türkischen Soldaten übergeben wurden. (efa)